

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire
Herausgeber: [s.n.]
Band: 1 (1994)
Heft: 3

Artikel: Vom "Regelvertrauen", von der "Prosperität" und von "Krisen" : eine
Besprechung
Autor: Epple-Gass, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-5231>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VOM «REGELVERTRAUEN», VON DER «PROSPERITÄT» UND VON «KRISEN»

EINE BESPRECHUNG

RUEDI EPPLE-GASS

Mit seinem Werk «Regelvertrauen, Prosperität und Krisen» legt Hansjörg Siegenthaler eine Theorie vor, welche – so der Untertitel – «die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens» erklären will.¹ Der folgende Beitrag fasst Siegenthalers wichtigste Argumentationsschritte zusammen und benennt zwei Schwachstellen seines Konstrukts: Das Modell des nutzenmaximierenden Individuums und das Ausblenden von Macht und Herrschaft.

Der diskontinuierliche Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung in den Industrieländern ist das, was Hansjörg Siegenthaler mit seinem «theoretischen Konstrukt» erklären will. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Feststellung, die makroökonomischen Ansätze zur Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung hätten versagt und mikroökonomische Erklärungen, die durch «informationstheoretische» Überlegungen angereichert worden seien, erlaubten «eine Theoriebildung», die «epochen- und raumübergreifend» zu sein beanspruche und «historischen Wandel» erklärbar mache (6).²

HANDLUNGSTHEORETISCHE GRUNDLAGE

Seinem Anspruch entsprechend, den diskontinuierlichen Wandel von mikroökonomischen Überlegungen ausgehend zu erklären, legt Siegenthaler seinem «theoretischen Konstrukt» das Modell vom «individuellen Akteur als Nutzenmaximierer» zugrunde: «Was immer er tut, es bringt ihm Nutzen und es auferlegt ihm Kosten, Geld- und Zeitkosten, Kosten, die er in Kauf zu nehmen hat, weil er mit jeder beliebigen Handlung auf den Nutzen verzichtet, den ihm eine andere, nicht gleichzeitig vollziehbare Handlung stiften würde. In allem, was er tut, nimmt er auf «Opportunitätskosten», d. h. auf entgangenen Nutzen, Rücksicht, und bei gegebenen Opportunitätskosten wählt er das, was ihm mehr nützt als anderes (7).»

In das Kosten-Nutzen-Kalkül des Akteurs gehen – so Siegenthaler weiter – «Präferenzstrukturen» sowie Informationen über die Preis- und Einkommensentwicklung ein:

224 ■ – Über die «Präferenzstrukturen» lässt sich laut Siegenthaler sagen, dass sie «die

Individuen über lange Zeiträume hinweg und unabhängig von historischen Bedingungen» bewegen und somit einen «quasi-anthropologischen Tatbestand» darstellen und dass sie sich als «Wünsche» oder «regelmässiges Streben nach bestimmten Zielen» umschreiben lassen. Ansonsten verhält sich der ökonomische Ansatz – so Siegenthaler – «agnostisch bezüglich des Charakters individueller Präferenzstrukturen». D. h., Siegenthaler will sich über das, was den Charakter der Präferenzstrukturen «prägt oder allenfalls verändert» ausschweigen, weil er sich auch dort, «wo es deutliche Anzeichen für systematischen Wandel von Präferenzstrukturen gibt, keinen Erkenntnisgewinn aus expliziter Modellierung solchen Wandels» verspricht, «solange die Einflussfaktoren unbekannt bleiben, die ihn auslösen und in seiner Richtung bestimmen» (26–27).

– Die Informationen über die Preis- und Einkommensentwicklung, welche in das Kosten-Nutzen-Kalkül der Individuen eingehen, beschafft sich der Akteur als «denkendes Wesen», «das sich die Zukunft vergegenwärtigt, Erwartungen bildet, Wissen erwirbt und Erfahrungen deutet» (31). D. h., das Individuum trifft seine Entscheidungen «beim Stand seines Wissens» und bedient sich «kognitiver Regelsysteme», nach denen es Informationen selektioniert, klassifiziert und interpretiert. Diese kognitiven Regelsysteme sind relativ stabil und ändern sich diskontinuierlich. In den langen Phasen ihrer Stabilität lernt der Akteur «nach Regeln» und auch seine Informationsbeschaffung unterliegt einem Kosten-Nutzen-Kalkül: Ein Akteur beschafft sich solange «Zusatzinformationen», bis der «Grenznutzen der letzten noch gewonnenen Information» gerade so gross ist wie «der Preis, den er für diese letzte Information zu entrichten» hat (33). Verliert er aber sein Vertrauen in die bisherigen «kognitiven Regelsysteme» – auf diesen Vertrauensverlust wird noch zurückzukommen sein –, dann wird «fundamentales Lernen» nötig, durch das neue «kognitive Regelsysteme» erworben werden. Weil er zu solchem Erwerb die Regeln nicht hat, die einen individuell rationalen Entscheid anleiten könnten», vollzieht der Akteur diesen Prozess nicht mehr als «isolierter Nutzenmaximierer», sondern in «interaktiver Kommunikation», d.h. er wird dazu «zu einem kommunikativen Wesen» (11, 35–37).

Nutzenmaximierendes Handeln vollzieht sich aber nicht nur nach «Massgabe vorgegebener Präferenzen» und in Kenntnis der Entwicklung des Einkommens und der relativen Preise, sondern es wird zudem durch «Institutionen» begrenzt (26–28):

– Institutionen sind nach Siegenthaler erstens «internalisierte Zwänge», die einem Individuum durch seine Sozialisation auferlegt wurden. Es sind «Vorstellungen darüber, was man unbedingt zu tun und zu lassen hat», an die sich ein Individuum hält «unabhängig davon, wie der einzelne die Unannehmlichkeiten einschätzt, die er in Kauf zu nehmen hat, wenn er sich den Zwängen zu entziehen sucht». D. h., auf «internalisierte Normen lässt sich kein Kosten-Nutzen-Kalkül anwenden». Auch sind «internalisierte Zwänge» strikte von «Präferenzstrukturen» zu unterscheiden, ■ 225

denn während diese einen «quasi-anthropologischen Tatbestand» darstellen sind jene «langfristig variable Elemente» (26–27).

– Zweitens sind Institutionen staatlich gesicherte «Normen des positiven Rechts»: «Die Verletzung solcher Normen ist kostspielig für denjenigen, der mit Sanktionen zu rechnen hat. Es liegt daher nahe, Normenverletzungen als Gegenstand eines individuellen Kosten-Nutzen-Kalküls zu behandeln und Normensysteme und die Sanktionen, die sie abstützen, nach ihren Wirkungen auf individuelles Handeln zu befragen» (29). Rechtsnormen unterstehen wie «internalisierte Zwänge» diskontinuierlichem Wandel. Sie verändern sich «nach dem Willen durchsetzungsfähiger sozialer Gruppen von grosser ideologischer Kohärenz» (31).

Die Koordination der individuellen Akteure geschieht über den Markt. Der einzelne Nutzenmaximierer orientiert sich an den «Änderungen relativer Güter- und Faktorpreise nach Massgabe seiner Präferenzen», passt sich entsprechend an und reagiert rational auf Ergebnisse marktlicher Prozesse: «Wenn alle individuellen Akteure so reagieren und wenn ihre Reaktionen den Ausgang der marktlichen Prozesse bestimmen, ergibt sich eine wechselseitige Anpassung individuellen Handelns» (42).

Wie das individuelle Handeln durch Institutionen und kognitive Regelsysteme begrenzt ist, so ist es auch der Markt: Er erbringt «seine Koordinationsleistungen nie unabhängig von den Koordinationsmechanismen der Institutionen und kognitiven Regeln» (44). Märkte sind von «informellem oder positivem Recht» verfasst und Preisinformationen des Marktes, die die individuellen Akteure aufnehmen, sind «interpretationsbedürftig» (44–45): «Wenn die Akteure über die Interpretationsregeln nicht verfügen, die sie zur Deutung der Preissignale befähigen, dann verschwimmt für sie die Bedeutung des Preissignals» (45). Wenn weder die marktstützenden Institutionen noch die «kognitiven Regelsysteme» verlässliche Grundlagen bieten, dann muss der Markt versagen (46).

Die wirtschaftliche Entwicklung lässt sich nun – so baut Siegenthaler sein «Konstrukt» weiter aus – in zwei Phasen, in «Strukturperioden» und «Krisen», unterteilen, die sich in zyklischer Folge abwechseln:

– «Strukturperioden» zeichnen sich dadurch aus, dass die «Gesamtheit kognitiver Regelsysteme» sowie die institutionellen Rahmenbedingungen stabil sind: «Individuelles Handeln folgt innerhalb der Strukturperioden dem Imperativ ökonomischer Rationalität in den durch kognitive Regelsysteme und Institutionen bestimmten Grenzen. Regelsysteme gelten als vertrauenswürdig und sind dem Akteur vertraut. Die Welt erscheint dem Akteur als durchschaubar und berechenbar. Dies allein genügt, um ihn entscheidungsfähig zu machen. Er verwendet einen Teil seiner verfügbaren Ressourcen zukunftsgerichtet und bildet Kapital» (15). Die Wirtschaft wächst.

Siegenthaler vertritt nun aber die These, dass sich «als Konsequenz wirtschaftlicher

226 ■ Entwicklung» in «Strukturperioden» nach und nach und früher oder später «funda-

mentale Unsicherheit und damit eine Disposition zur Verminderung von Regelvertrauen ausbildet, ein Kontext, in dem ein Regelverlust sehr wahrscheinlich wird» (152–153). und dieser Prozess führt schliesslich zum Ende der «Strukturperiode» und zur Krise:

In Phasen wirtschaftlichen Wachstums ergeben sich «Ereignisfolgen, die man zwar noch unschwer bestimmten, nach dem Urteil des Aktors wohlgeordneten und interpretierbaren Ereignisklassen zuordnen kann, die aber zunehmend komplexere Muster von Variationen und Rhythmisierungen aufweisen» (153). Um solche «Ereignisfolgen», vor allem «die Bewegung relativer Preise» einordnen zu können, braucht man im Zuge wirtschaftlicher Entwicklung immer mehr Informationen und die Kosten, die aufgewendet werden müssen, «um ein bestimmtes Mass von Sicherheit zu erlangen» wachsen (153). Da auch die Informationsbeschaffung einem Kosten-Nutzen-Kalkül unterworfen ist, gilt für sie das «Gesetz des fallenden Grenzertrages». Es ist einmal der Punkt erreicht, an dem sich mit kostspieliger, zusätzlicher Information nicht mehr Sicherheit gewinnen lässt. Es bleibt eine Rest-Unsicherheit (91–92). Nimmt diese zu, kann sie «auf Regelvertrauen zurückwirken und zu einer Quelle schwindenden Regelvertrauens werden» (150).

Im Prozess wirtschaftlicher Entwicklung gibt es zudem immer Gewinner und Verlierer, denn «die Wachstumsgewinne verteilen sich ungleich» (156). So kann Sach- und Fähigkeitskapital im Zuge der technischen Entwicklung, die sich in Strukturphasen vollzieht, relativ entwertet werden (154–155). Für die Verlierer können sich daraus «Spannungen» zwischen «internalisierten Gebotsnormen und kapitalabhängigem Handlungsspielraum» ergeben: «Bei starren internalisierten Gebotsnormen und verringertem Handlungsspielraum kann [...] eine Lage entstehen, in der ein Akteur nicht mehr so sein kann, wie er meint, sein zu müssen» (157). Solche Spannungen (Anomie) können vom einzelnen Akteur dadurch entschärft werden, «dass er sich eben von normativen Verpflichtungen entbindet» (157–158). Dadurch geraten «internalisierte Zwänge» während «Strukturperioden» ins Wanken (158–159).

Die Veränderung relativer Preise im Zuge wirtschaftlicher Entwicklung führt schliesslich auch zu erhöhter politischer Partizipation, weil sich für die Verlierer «eine sinkende Tendenz der Opportunitätskosten von Zeit und Kapital», die mit politischem Engagement verbunden sind, einstellt und der Nutzen, «den man politischer Aktivität zuschreibt», zunimmt (159–160). Weil es zunächst die Verlierer sind, die politisch partizipieren, nehmen «die Aktivitäten des Staates zugunsten der Benachteiligten» zu. Damit werden auch jene in politische Auseinandersetzungen gelockt, «die von der Bewegung relativer Güter- und Faktorpreise begünstigt» sind: «Zwar steigen für sie die Opportunitätskosten der Zeit und aller sonstigen Mittel, aber es wächst – mit dem Mitteleinsatz der Verlierer des Wachstumsprozesses – auch die Beute, die man jetzt über politisches Handeln zu gewinnen ■ 227

hoffen darf; es steigt der Grenznutzen des Ressourceneinsatzes im politischen Kampf» (160–161).

Die politischen Auseinandersetzungen vollziehen sich zunächst im Rahmen «gesicherter institutioneller Regelungen» (161). Mit zunehmender Einübung der politischen Praxis und wachsendem Nutzen, um den die Auseinandersetzungen geführt werden, wächst aber das Verlangen, «Einfluss auf die Spielregeln» zu nehmen, «um die eigenen Einflussmöglichkeiten zu stärken». Damit gerät ein zentrales Element der stabilen Institutionen einer «Strukturperiode» in Bewegung, und man handelt sich nochmals «wachsende Unsicherheit» ein, weil es schwierig ist, «den Ausgang eines Kampfes um Spielregeln abzuschätzen» (162). Das Regelvertrauen zersetzt sich (162–164).

Wirtschaftliche Entwicklung erhöht erstens die Informationskosten und vergrößert dadurch die Unsicherheit. Zweitens produziert sie Verlierer und Gewinner. Die Folge davon sind einerseits anomieträchtige Verhältnisse und andererseits zunehmende politische Partizipation. Anomie wie vermehrte politische Partizipation wirken destrutiv auf das Regelvertrauen. Im Zuge wirtschaftlichen Wachstums wird das Regelvertrauen, dessen Stabilität Voraussetzung der «Strukturperiode» ist, mit der Zeit also brüchig. Das Investitionsverhalten verändert sich. Die wirtschaftliche Depression setzt ein.

– «Strukturperioden» werden also zyklisch von «Krisen»-Phasen abgelöst: Jetzt «befindet sich Struktur in Bewegung, Prozesse fundamentalen Lernens sind im Gange, soziale Organisationen wandeln sich, entstehen neu und setzen sich zueinander neu ins Verhältnis». «Das politische System untersteht vielfältigen Pressionen, seine institutionellen Spielregeln sind Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen und ändern sich oder drohen sich zu ändern. Informationsprobleme verschärfen sich und gewinnen, bei schwindendem Vertrauen in die bislang für vertrauenswürdig gehaltenen kognitiven Regelsysteme, eine neue Qualität. Die Welt verliert an Transparenz, und Prozesse verlieren an Prognostizierbarkeit. Individuelle Akteure bleiben rational handelnde Nutzenmaximierer, aber es wird für sie unklar, was denn nun überhaupt noch nützlich ist. Zukunftsgerichtete Entscheidungen schieben sie hinaus, die irreversible Festlegung von Ressourcen in sehr spezifischen Formen der Kapitalbildung unterlassen sie. Dies wirkt auf die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Dabei verliert der Koordinationsmechanismus des Marktes seine markträumende Funktion. [...] Die Übergangsphase zeigt die Merkmale einer schweren ökonomischen Depression» (16).

Doch wie sich in «Strukturperioden» aufgrund der wirtschaftlichen Wachstumsprozesse «Regelvertrauen» zersetzt, so stellt es sich in «Krisen» neu wieder her. Und wie die Zersetzung des Regelvertrauens in «Strukturperioden» ist dessen Rekonstruktion in Krisen-Phasen eine nicht-intendierte Folge des Handelns der

Zur Begründung dieser These postuliert Siegenthaler einen Akteur, der «um alles gebracht» worden ist, der der kognitiven Regeln als Grundlage rationalen Handelns entbehrt, der zwar ein kostenbewusstes Wesen bleibt, aber sich nicht mehr zutraut, die Kosten und den Nutzen seines Tuns einzuschätzen. Dieser Akteur entwickelt deshalb ein «elementares Bedürfnis», in Kommunikationsprozesse einzutreten, um im «Wechselgespräch» seine Überlegungen der Widerrede auszusetzen, zu testen und anzupassen und damit Vertrauen in ein «neues Denken» zu finden (50–52). An dieser Stelle verlässt Siegenthaler unvermittelt die «agnostische» Position seines Ansatzes gegenüber den «Präferenzstrukturen» und bestimmt zwei Präferenzen verunsicherter Akteure inhaltlich: mit dem elementaren Bedürfnis nach «fundamentalem Lernen» und nach interaktiver Kommunikation, die dieses ermöglichen. Nach Siegenthaler tritt dieses Bedürfnis in Krisen gehäuft auf. In Organisationen unterschiedlichster Art finden die vereinzelt Akteure mit diesen Präferenzen nicht nur ihresgleichen, sondern auch Voraussetzungen, welche dem Prozess fundamentalen Lernens förderlich sind (188–199). Zweck dieser Organisationen ist nicht fundamentales Lernen, sondern sie problematisieren beispielsweise anomisches Verhalten (z. B. Alkoholismus und Kriminalität) und entwickeln entsprechende Massnahmenpakete (184–185), oder sie widmen sich kultureller Introversion (185–187). In den meisten Fällen beziehen sie sich aber auf «die Klärung dessen, was man in der Zeit selber als krisenhaft perzipiert, auf Vorgänge im politischen System, auf das Verhalten Einfluss nehmender oder Einfluss beanspruchender sozialer Kollektive, auf Einkommensverluste, Überkapazität und Arbeitslosigkeit, auf zukunftssträchtige, jedenfalls vielversprechende neue Techniken und Organisationsformen» (187).

In solchen Zusammenhängen können sich die nicht-intendierten, strukturbildenden Funktionen interaktiver Kommunikation einstellen: «Generell lässt sich sagen, dass die Krise zunächst nicht dadurch beigelegt wird, dass die Welt realiter in Ordnung gebracht würde, sondern eben so, dass man sie in einer Weise in die Ordnung des Denkens rückt, die dem einzelnen den Ort wieder klarmacht, den er in ihr hat, und ihm zeigt, wie er handeln muss, um zu werden, was er werden will: Grundlage rationalen Handelns werden rekonstruiert» (185).

So zentral aber die Infragestellung der politischen Spielregeln für den Zerfall des Regelvertrauens war, so zentral ist die Verständigung über die neuen politischen Regeln. Ein erster Weg dazu führt über einen «handlungsfähigen Akteur», bei dem sich die verfügbaren Ressourcen eindeutig konzentrieren. Er hat die Möglichkeit, die Situation durch eine «dezisionistische» Entscheidung «auf Biegen und Brechen» zu klären und die Ordnung in seinem Sinne herzustellen: «Ein sicherer Griff auf das Gewaltmonopol des Staates ist dabei die Voraussetzung» (200).

Ein anderer Weg «führt zum geregelten politischen Tausch, zu dem, was man als Systemintegration der Kontrahenten bezeichnen könnte» (201). Dieser Weg ergibt ■ 229

sich «auf dem politischen Parkett», wo sich «soziales Handeln einer sehr begrenzten Zahl individueller Akteure, nämlich der Angehörigen der Organisationseliten» abspielt (201). Für diese Eliten sind die Orientierungsprobleme gelöst. In ihren Organisationen sind die Verständigungsprozesse gelaufen. Sie finden sich «in vollkommenem Einklang mit Deutungen und Absichten der Mitglieder des Kollektivs». Auf dem politischen Parkett versuchen sie «im Sinne des Zwecks der Organisation, die sie vertreten, Nützliches zu erreichen». Dabei treffen sie auf Akteure, «die im gleichen Sinne rational handeln». Eine «Durchbruchstrategie», die dem ersten Weg entsprechen würde, verfolgen sie nicht: «dass sie Gewalt nicht monopolisieren können, haben sie schon erkannt». Damit lassen sie sich auf ein «Spiel» ein, dessen genaue Regeln zwar noch Gegenstand der Auseinandersetzungen sind, dessen Konturen zeichnen sich aber bereits insofern ab, als der erste Weg als nicht praktikabel erachtet wird. Daraus ergibt sich zunächst «das gemeinsame Interesse an Partnerschaft im Spiel gegen andere» und damit die «Koalitionsfähigkeit» der Spieler. Die Koalitionen sind anfänglich noch instabil, doch die Instabilität der Koalitionen begünstigt die Vertrauensbildung, weil man sich in unterschiedlichen Konstellationen näher kommt. Das Vertrauen wächst, die politischen Spielregeln werden eingeübt, die politische Stabilität nimmt zu. Auch dieses zentrale Element des neuen Regelvertrauens konstituiert sich (201–203): «Genauso, wie der individuelle Akteur die Fähigkeit zu rationalem Handeln auf allen Güter- und Faktormärkten zurückgewinnt, werden auf dem politischen Markt die Kollektive wieder fähig zu rationalem Tausch.» (206) Die Wiederherstellung des Regelvertrauens und ein damit verbundener Abbau von Unsicherheit stehen am Anfang einer neuen Strukturperiode mit erneut starker Kapitalbildung (205).

ZUM MODELL DES NUTZENMAXIMIERERS

Siegenthaler schränkt die Gültigkeit seines Erklärungsansatzes auf die «Industrieländer liberaler Wirtschaftsverfassung» ein (1). Diese Einschränkung aber macht er für die seinem Modell zugrundeliegende Handlungstheorie nicht. Im Gegenteil: Siegenthaler beansprucht, «eine grundsätzlich alle Handlungsbereiche ansprechende generelle sozialwissenschaftliche Handlungstheorie» anzubieten. D. h., dass der individuelle Akteur «immer und überall» (7) als Nutzenmaximierer handelt, und Siegenthaler vermag auch «kein Argument zu erkennen, die der Generalisierbarkeit des ökonomischen Ansatzes bezüglich ihres Gegenstandes» (7) oder der historischen Epoche, für die sie gilt (23–24), entgegenstehen würden. Siegenthaler: «Der ökonomische Ansatz [...] modelliert menschliches Handeln schlechthin» (24).

Diesen hohen Anspruch kann das Modell vom Nutzenmaximierer nur aufrecht erhalten, weil es tautologisch ist und nicht widerlegt werden kann. Es trifft immer

und überall zu, weil immer ein Kosten-Nutzen-Kalkül unterstellt werden kann. Kosten und Nutzen sind Platzhalter für beliebige Inhalte, so dass das Modell zwar immer stimmt, jedoch nichts darüber aussagt, welche Präferenzen bei welchem Kosten-Nutzen-Verhältnis den Ausschlag gegeben haben: Da sich das Modell gegenüber den «Präferenzstrukturen» «agnostisch» verhält, muss es immer das Kosten-Nutzen-Verhältnis gewesen sein, das den Ausschlag gegeben hat, und da sich immer etwas finden lässt, das sich als Kosten oder Nutzen ins Modell einsetzen lässt (die Präferenzstruktur, die darüber Aufschluss geben könnte, was im jeweiligen Kontext als Nutzen, was als Kosten in Betracht fällt, interessiert ja grundsätzlich nicht), ist das Modell in jedem Fall gerettet. Will auch dieses Modell konkreter werden, kommt es nicht darum herum, das zu tun, was die Vertreterinnen und Vertreter anderer Ansätze längst tun: Werte, Motive oder Interessen der handelnden Menschen zu erforschen.

Auch Siegenthaler bleibt keine andere Wahl: Indem er variable «internalisierte Zwänge» und «kognitive Regelsysteme» einführt, gesteht er nämlich implizit ein, dass sein allgemeingültiges Modell nichtssagend ist. Vom «quasi-anthropologischen Tatbestand» der «Präferenzstrukturen», bleibt dann nur noch die dürftige Aussage, dass nach ihnen Kosten-Nutzen-Abschätzungen vor allem aufgrund «der Entwicklung des Preisgefüges» erfolgen. Der entscheidende Wandel aber erklärt sich durch Änderungen bei den «internalisierten Zwängen» und den «kognitiven Regelsystemen». Nur: Genau hier kommt in Siegenthalers Modell das Kosten-Nutzen-Kalkül nicht zum Tragen. «Internalisierten Zwängen» entspricht der Akteur «unabhängig» von den «Unannehmlichkeiten», die er in Kauf zu nehmen hat, wenn er sich nicht daran hält. Und Schritte «fundamentalen Lernens» vollzieht der Akteur nicht als isoliertes, nutzenkalkulierendes Individuum, sondern als «kommunikatives Wesen».

An sich ist zunächst nicht einzusehen, warum Siegenthaler zwischen den «internalisierten Zwängen» und den staatlich gesetzten Rechtsnormen, die im Modell logisch auf der gleichen Stufe stehen, den Unterschied einführt, dass für erstere das Kosten-Nutzen-Kalkül nicht gilt, während es für Rechtsnormen zur Anwendung kommt. Eine konsequentere Argumentation wäre ja leicht möglich: Was bei den Rechtsnormen die staatlichen Sanktionen sind, könnten bei den internalisierten Zwängen der Liebesentzug in der Familie oder die gesellschaftliche Ächtung sein. Nur: So argumentiert Siegenthaler nicht.

Der Grund für seine Inkonsequenz liegt ebenfalls in seinem Handlungsmodell begründet: Nach dessen Annahmen sind nämlich «Ziele», die sich Akteure setzen, «logische Implikationen» von vorgegebenen «Präferenzstrukturen» und «äusseren Rahmenbedingungen». D. h., Ziele werden mit einem Kosten-Nutzen-Kalkül gesetzt, in das invariante Wünsche und variable Preis- und Einkommensentwicklungen eingehen. Das führt dazu, dass «Ziele in vollkommenem Einklang mit den Mög- ■ 231

lichkeiten» stehen, die sich individuellem Handeln jeweils eröffnen». Siegenthaler: «Die Ziele bewegen sich im Raum, den die verfügbaren Ressourcen festlegen, niemals jenseits seiner Grenzen» (28). Daraus ergibt sich, dass überschüssendes Verhalten, Verhalten, das über diese Grenzen hinausgeht, als rationales Handeln nicht erklärbar ist. Nun will aber Siegenthaler «anomische Spannungen» erklären können, ohne die Bewegungen, die sich daraus ergeben, der Irrationalität bezichtigen zu müssen. Soziale Bewegungen spielen in seinem Modell schliesslich eine zu zentrale Rolle, wenn «Regelvertrauen» untergraben und wieder neu rekonstruiert wird. Sein Problem kann er nur lösen, wenn er die «anomischen Spannungen» nicht aus einem Widerspruch zwischen «Präferenzstrukturen» und «Ressourcen» ableitet, sondern daraus, dass «internalisierte Zwänge» nicht mit den «erforderlichen Ressourcen» in Einklang stehen. Voraussetzung dazu aber ist, dass für die «internalisierten Zwänge» kein Kosten-Nutzen-Kalkül zur Anwendung kommt. Würde dieses auch dafür gelten, könnte überschüssendes Verhalten wiederum nicht erklärt oder nur als irrationales Verhalten denunziert werden. Die Siegenthalersche Inkohärenz bei der Unterscheidung von staatlich sanktionierten Rechtsnormen und internalisierten Zwängen ist also Folge seines Versuchs, das zugrundeliegende Handlungsmodell zu retten.

So tautologisch das Modell vom «rationalen Nutzenmaximierer» ist, so folgenreich ist seine Begrifflichkeit: Die Rede von «Preisen», «Kosten», «Nutzen» und «Kalkülen» verwendet Begriffe, die aus der kapitalistischen Wirtschaft stammen. Zu behaupten, der ökonomische Ansatz modelliere «menschliches Verhalten schlechthin», suggeriert damit ahistorisch, dass es kapitalistisches Denken und Handeln immer schon gegeben, kapitalistische Rationalität immer schon gegolten hat. Wie Rudolf Lüscher in seinem «Versuch über den fordistischen Sozialcharakter» nachgewiesen hat, ist das Vorherrschen von Kosten-Nutzen-Kalkülen aber eine moderne Angelegenheit.³

Wenn «politische Werbung» und «politisches Marketing», wenn die Übertragung von Methoden zur Konsumsteuerung auf die Politik, und wenn der «Rational Choice»-Ansatz, wenn die Einführung von Kosten-Nutzen-Kalkülen in die Analyse politischer Entscheidungen, sich zunehmender Beachtung und neuerdings sogar Nobelpreiswürden erfreuen kann, so liegt das nicht daran, wie Siegenthaler offenbar annimmt, dass sich das Modell des rationalen Nutzenmaximierers ahistorisch auf alle Epochen und Bereiche übertragen liesse, sondern daran, dass sich im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung Kosten-Nutzen-Kalküle immer deutlicher durchzusetzen scheinen.

ZUM AUSBLENDEN VON MACHT UND HERRSCHAFT

In Hansjörg Siegenthalers theoretischem Konstrukt verfügen sowohl Unternehmerinnen und Unternehmer als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Kapital. Investitionen tätigen alle: Erstere akkumulieren vor allem Sach-, letztere vor allem Fähigkeitskapital. Nach Siegenthaler besteht damit auf dieser Abstraktionsebene kein Unterschied zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft, vor allem konstituiert die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel keine Machtverhältnisse. Alle sind sich als Kapitaleigentümer gleich, kalkulieren als Nutzenmaximierer nach gleichen Prinzipien, tätigen oder unterlassen Investitionen, akkumulieren Kapital. Unterschiede zwischen Sach- und Fähigkeitskapital, Machtunterschiede fallen aus dem Raster, interessieren nicht. Die Rede vom «Kapital» deckt Unterschiede zu, wo sie eklatant sind.

Das Ausblenden von Macht aus den Beziehungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft ist symptomatisch für Siegenthalers theoretisches Konstrukt. Vereinzelt thematisiert er zwar Macht und Herrschaft: Dort zum Beispiel, wo er von der Möglichkeit «dezisionistischer» Entscheidungen spricht, die Aktoren treffen können. Zum Problem wird ihm aber beides nicht. Obwohl er immer wieder von Auseinandersetzungen um politische Spielregeln, von Pressionen oder «durchsetzungsfähigen sozialen Gruppen» spricht, bezieht er Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht systematisch in die Analyse ein. Sogar dort, wo sich – wie im politischen Bereich – eine Problematisierung von Macht und Herrschaft aufdrängen würde, unterbleibt sie.

Siegenthaler sieht im Zuge des Prozesses, in dessen Verlauf sich für individuelle Aktoren oder soziale Kollektive «Regelvertrauen» nach und nach wieder konstituiert, «Auseinandersetzungen im Bereich der Politik» entbrennen, in denen es um die «Spielregeln des politischen Systems» und um die «Verteilung staatlich kontrollierter Ressourcen» geht (200). Diese Auseinandersetzungen kann sich auch Siegenthaler in der Art vorstellen, dass gewisse Aktoren «die Entwicklung auf Biegen und Brechen zur Entscheidung» treiben und «die Ding in ihrem Sinn» ordnen (200). Als Normalfall betrachtet er diesen Weg aber nicht. Normalerweise haben nämlich die kollektiven Aktoren erkannt, «dass sie Gewalt nicht monopolisieren können» (202). Sie verfolgen deshalb keine «Durchbruchstrategie», sondern wählen einen zweiten Weg, der «zum geregelten politischen Tausch» führt, «zu dem, was man als Systemintegration der Kontrahenten bezeichnen könnte» (201). Was sich Siegenthaler unter diesem zweiten Weg vorstellt, zeichnet theoretisch nach, was sich in der Schweiz seit der Zwischenkriegszeit mit der Herausbildung des Konkordanzsystems vollzogen hat (202–206): Nach der Krise klären sich in verschiedenen Organisationen «die Zwecke, die intraorganisationell gültigen Situationsdeutungen und die Ziele sozialer Kollektive, und es verdeutlichen sich die Bilder, die das eine Kollektiv

tiv vom anderen hat». Daraus folgt die Fähigkeit der «Organisationseliten», «rationale Strategien der Interessenvertretung zu entwerfen und in ein Tauschgeschäft mit anderen Organisationen einzutreten». Die Interessengegensätze zwischen den Organisationen brauchen dabei nicht zu verschwinden. Unerlässlich ist bloss eine Überlappung ihrer Deutungsmuster, die soweit geht, dass ein Gespräch auf politischer Ebene und ein rationaler Tausch noch möglich ist (205–206).

Siegenthaler übernimmt damit einen Ansatz, der in der politischen Theorie als «Pluralismus» bezeichnet wird: Die Regelung gesellschaftlicher Probleme bedarf des Ausgleichs zwischen mehr oder weniger antagonistischen Interessenorganisationen, die dessen Resultat je nach ihrem politischen Gewicht beeinflussen. Die Legitimation und Leistungsfähigkeit des pluralistischen Aushandlungsprozesses setzt voraus, dass kein wichtiges Interesse ausgeschlossen sein darf und langfristig allen beteiligten Interessen bis zu einem gewissen Grad entsprochen wird. Da Siegenthaler diese Aspekte nicht problematisiert, ist anzunehmen, dass er diese Voraussetzungen grundsätzlich als erfüllt betrachtet. Empirische Analysen des schweizerischen Konkordanzsystems zeigen aber, dass dem nicht so ist. Zwar gesteht das politische System der Schweiz allen referendums- und initiativfähigen Interessenorganisationen Einfluss zu. Nicht alle Interessen aber sind organisierbar oder konfliktfähig, und nicht alle organisierten Interessen verfügen im pluralistischen Aushandlungsprozess über gleich lange Spiesse. Bewegungen und Parteien, die in Opposition zum herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem stehen, werden systematisch benachteiligt.

Indem Siegenthalers theoretisches Konstrukt Macht und Herrschaft weitgehend ausklammert, bleibt es für solche Zusammenhänge blind. Seine Analogie zwischen dem individuellen Akteur, der durch die Wiedererlangung des Regelvertrauens seine Fähigkeit zum rationalen Handeln «auf allen Güter- und Faktormärkten» zurückgewinnt, und den sozialen Kollektiven, die in gleicher Masse auf dem «politischen Markt» wieder «fähig zu rationalem Tausch» werden, verbrämt Macht und Herrschaft gleich in zweifacher Hinsicht: Die Güter- und Faktormärkte, auf denen der individuelle Akteur auftritt, werden so gesehen, als ob keine Abhängigkeitsverhältnisse vorhanden wären, die Machtverhältnisse konstituieren und das Handeln mindestens ebenso beeinflussen dürften wie internalisierte Zwänge oder kognitive Regelsysteme. Und der Bereich, wo Macht und Herrschaft in erster Linie ihren Platz hätten, der politische Bereich, wird so gesehen, als ob er als «Markt» funktionierte, auf dem sämtliche politischen Konzepte in einem fairen Aushandlungsprozess unter Gleichen gehandelt würden.

Trotz seiner Schwachstellen geht Siegenthalers Ansatz weit über das hinaus, was bisher in der Schweiz an theoretischen Konzepten zur Erklärung diskontinuierlicher wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen vorgelegt wurde: Indem er die histori-

sche Entwicklung als diskontinuierlichen Prozess auffasst, in dem sich Krisenphasen und Strukturperioden zyklisch ablösen, erklärt auch er den «Traum immerwährender Prosperität» als ausgeträumt⁴. Indem er zwischen intentionalem Handeln und nicht-intendierten Handlungsfolgen unterscheidet und die Bedeutung der letzteren herausstreicht, überwindet er eine Schwäche vieler Erklärungsmodelle, die sich auf die Absichten der Akteure im historischen Prozess stützen. Und indem er Krisen und Strukturperioden nicht auf ökonomische Phänomene reduziert, sondern als Ergebnis ökonomischer, sozialer, politischer und mentaler Prozesse versteht, geht er über ökonomistische Theorieansätze hinaus.

Nur: Um diesen «Nutzen» zu ziehen, muss man die «Kosten» von Siegenthalers Konstrukt und seine Schwachstellen nicht in Kauf nehmen. In regulationstheoretisch inspirierten Ansätzen ständen alternative Erklärungsmodelle zur Verfügung, die auch für die Schweiz nutzbar gemacht werden könnten.⁵

Anmerkungen

- 1 Hansjörg Siegenthaler, *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens*, Tübingen 1993.
- 2 Die Seitenzahlen beziehen sich auf das in Anmerkung 1 zitierte Werk.
- 3 Rudolf Lüscher, *Henry und die Krümmelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter*, Tübingen 1988.
- 4 Lutz Burkart, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a. M. 1984.
- 5 Joachim Hirsch, Roland Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg 1986; Joachim Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative?* Hamburg 1990; Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch (Hg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg 1994; Walter Schöni, «Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung», *Widerspruch* 27 (1994), 67–78.